



**KOBLENZ
KLARTEXT
VON
UNTEN**

Sozialabbau Verarmung Wohnungsnot

Zahlen – Fakten - Hintergründe

Herausgeber:

„Steg“ Sozialtherapeutische Einrichtung für Suchtkranke e.V.

Pax Christi, Basisgruppe Koblenz

Runder Tisch für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.

Inhalt	Seite
Armut - Arbeitslos - Wohnungslos - Obdachlos	4
Was unsere Eliten und Leistungsträger schon immer über Arme denken und sagen	12
Trendentwicklung: Zuspitzung der Probleme	16
Europa in der Krise	16
An die Nachgeborenen von Bertolt Brecht	17
Wohnraum ein Problem auch in Koblenz	18
Zynischer Kapitalismus - Der Markt soll, was er nicht kann	22
Armes Koblenz - Der Kaiser ist nackt - die Kasse ist leer	28
Wohnen und Wohnungsnot in der Krise des Kapitalismus	29
Vernichtung von preiswertem Wohnraum durch Rückbau	35

Ein Wort zuvor

Die Veranstalter der ‚Koblenzer Winterreise‘ haben versucht, Obdachlosen eine Stimme zu geben. Angelehnt an den alten Liederzyklus ‚Die Winterreise‘ von Franz Schubert werden in der Koblenzer Winterreise, die Stefan Weiller inszeniert hat, Texte und Lieder vorgetragen, in denen die Lebensgeschichten von Obdachlosen unserer Stadt erzählt werden. In ihrer Not spiegelt sich die Not all derer, die täglich um die Grundlagen ihrer Existenz kämpfen müssen. Die Zahl der Menschen wächst, die von der Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ausgeschlossen werden. Viele scheitern an Arbeitslosigkeit ebenso wie an unzureichend entlohnten und prekären Arbeitsbedingungen. Armut, Arbeitslosigkeit und schlechte Arbeit verbinden sich mit Wohnungsproblemen. Wer die Grundlagen seiner Existenz verliert, droht auch seine Wohnung zu verlieren bzw. keine bezahlbare Wohnung zu finden. So ist es kein Zufall, dass viele auf der Straße landen.

In der Öffentlichkeit bleibt solche Not weithin unsichtbar und stumm. Von Politikern wird sie – je nach Situation – ignoriert, geleugnet, verdächtigt oder auch bekämpft. Dabei richtet sich der Kampf nicht gegen die Ursachen der Not, sondern gegen diejenigen, die sie erleiden. Die Gefahrenabwehr der Städte zielt nicht auf die Beseitigung der Gefahren, die in Armut und Verzweiflung treiben. Vielmehr wird die Vertreibung von Obdachlosen aus Innenstädten als Gefahrenabwehr legitimiert. Die ‚Logik‘ ist eine ähnliche wie beim Umgang mit Flüchtlingen. Bekämpft werden nicht Fluchtursachen, sondern Flüchtlinge, bekämpft werden nicht Strukturen, die in Armut und Wohnungslosigkeit treiben, sondern Obdachlose. Die Stadt als ‚Standort‘ soll ja schließlich für Kaufkraft und Erlebnis ‚sauber‘ bleiben.

‚Den Betroffenen‘ eine Stimme geben und ihre Not öffentlich machen, ist wichtig. Unserer Broschüre will das unterstützen und zugleich einen Schritt weiter gehen. Die Not von Menschen ‚gibt zu denken‘. Und so wünschen wir uns, dass sich Betroffenheit mit Reflexion verbindet, mit dem Nachdenken darüber, in welchen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen die wahrgenommene Not steht. Wie wird auf sie reagiert - in der politischen Diskussion, in der kommunalen Politik, im Handeln von Initiativen? Was ist zu fordern?

Es ist immer offensichtlicher, dass das ‚Wachstum‘ das Elend von Menschen weltweit, aber inzwischen auch bei uns, in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Form der kapitalistischen Gesellschaft steht. Ihre immanent nicht lösbare Krise wird immer offensichtlicher. Sie zeigt sich nicht zuletzt in den sog. Sparzwängen, die sich zu immer neuen Sparsadismen auswachsen. Was ist los in einer Gesellschaft, die auf Geldvermehrung als irrationalen Selbstzweck setzt und der das Geld dafür fehlt, die Gesellschaft so zu gestalten, dass Menschen leben und am gesellschaftlichen Zusammenleben teilhaben können. Weil diese Probleme immer drängender werden, rührt unser Nachdenken bis an die Wurzel, d.h. an die Grundlagen der kapitalistisch geformten Gesellschaft. Solches Nachdenken voranzubringen - statt es zu tabuisieren oder gar zu diffamieren – wäre eine wichtige Herausforderung für politische Initiativen und nicht zuletzt für die Kirchen, für die das Hören auf die Schreie aus Not und Unterdrückung konstitutiver Inhalt ihres Glaubens an Gott ist.

Annemarie Stubbe und Peter Weinowski

Armut

Arbeitslos - Wohnungslos – Obdachlos

Diese Stichworte markieren die Karriere nach unten, die Menschen in unserer Gesellschaft droht und die für viele schon Wirklichkeit geworden ist. „Es scheint heute schneller als früher zu gehen, dass man wohnungslos wird.“ So formuliert der Sozialwissenschaftler Robert Frietsch das Ergebnis von 50 Gesprächen, die Forscher der Hochschule mit Wohnungslosen geführt haben. Nach einem Bericht der RZ (09.01.2014) zeigt sich die Tendenz, dass Wohnungslose immer jünger werden. „Das Durchschnittsalter liegt bei 35 Jahren, jeder Vierte ist sogar jünger als 25.“ Ein Viertel der Wohnungslosen sind Frauen. Viele sind überschuldet.

Wohnungslosigkeit ist Ausdruck vielschichtiger Problemlagen. Fakt ist, dass für viele eine Wohnung kaum mehr zu finanzieren ist. Sie sind schon in der Armut angekommen oder geraten in Armut. Der Weg in die Armut führt oft über die Arbeitslosigkeit, aber auch Menschen mit Arbeit, d.h. in den immer mehr um sich greifenden prekären Beschäftigungsverhältnissen geraten in Armut. Arbeit allein reicht schon nicht mehr, um vor dem Weg in Armut und Wohnungslosigkeit sicher zu sein. Wer einmal arm ist, hat es schwerer mit Gesundheit und Bildung, mit der gesamten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wird schneller krank und gerät sozial in Isolation. Es ist kein Zufall, wenn Wohnungslose – wie die Gespräche ergeben haben - oft überschuldet sind, gesundheitliche Probleme haben, die auch mit Suchterkrankungen einher gehen können.

Abgesehen davon, dass ihre Lebenslagen gesellschaftliche Ursachen haben, die korrigiert werden müssen, brauchen diejenigen, die jetzt obdachlos sind, Hilfen. „Man erreicht am meisten, wenn man sie eng begleitet, auch mit ihnen gemeinsam Termine bei Beratungsstellen und im Jobcenter wahrnimmt haben die Sozialwissenschaftler aus den vielen Gesprächen erfahren, die sie mit den Experten aus der Wohnungslosenhilfe geführt haben.“ Aber auch hier stoßen wir wieder auf ein gesellschaftliches Problem: Beratung und Begleitung kosten Geld und das ist woanders – wo auch immer, jedenfalls steht es nicht für Beratung und Begleitung von Obdachlosen zur Verfügung. Diese Gesellschaft grenzt aus, produziert Obdachlosigkeit hat aber kein Geld, um für die Folgen auf zu kommen, die in einer Gesellschaft unausweichlich ist, die sich den Gesetzen der Vermehrung von Kapital unterworfen hat.

Wohnen macht arm

Es ist ein Teufelskreis: Armut macht wohnungslos. Aber auch die Umkehrung gilt: Wohnen macht arm. Wer aus geringen Mitteln Geld für die Finanzierung seiner Wohnung aufbringen muss, ist gezwungen an anderen lebenswichtigen Gütern zu sparen: Einkommensschwache Familien haben in 60 der 100 größten Städte Deutschlands weniger als das Existenzminimum zur Verfügung, nachdem sie ihre Miete gezahlt haben. Was ärmeren Vier-Personen-Haushalten (maximales Monatseinkommen 1.918 Euro)

dann bleibt, liegt sechs Prozent unter dem Hartz-IV-Satz. Allerdings wirtschaften Hilfeempfänger häufig mit noch weniger, weil sie aus ihrem Regelsatz einen Teil der Miete zahlen, wenn sie für den vom Amt zugestandenen Betrag keine passende Wohnung finden. 630 Millionen Euro Wohnkosten haben Hartz-IV-Empfänger in Deutschland 2012 selbst übernommen, das geht oft zulasten von Ernährung und sozialen Kontakten.

(„HinzundKunzt“ *Obdachlosenzeitung, Hamburg*)

Was steigende Wohnungskosten für die Lebenslage einer Familie bedeuten, beschreibt eine Mutter:

„Wir sind eine sechsköpfige Familie. Mein Mann arbeitet in einer Spedition und verdient für eine volle Stelle 1.200 € netto im Monat. Ich bin Hausfrau. Für unsere vier Kinder bekommen wir Kindergeld. Wir sparen, indem wir Badewasser für die Klospülung benutzen. Wir drehen die Heizung runter, so dass die Räume 17 Grad haben. Wir löschen alle unnötigen Lichter. Die Strom- und Heizungskosten sind trotzdem so stark gestiegen, dass die hohen Nebenkosten die Kindergelderhöhungen der letzten Zeit übersteigen.“ (*WDR, Monitor, 2012*)

Altersarmut und Wohnungslosigkeit

Wohnungsnot ist nicht nur ein Problem junger Menschen, auch alte sind zunehmend betroffen. Und auch hier begegnet uns wieder der Zusammenhang von Armut und Wohnung: Die Zahl der alten und kranken Menschen in Deutschland, die auf Grundsicherung angewiesen sind, steigt kontinuierlich. Mittlerweile liegt sie bei 900.000, das sind 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr (RZ vom 23.10. 2013).

Gründe für die wachsende Altersarmut sind u.a. steigende Lebenshaltungskosten, der sich ausbreitender Niedriglohnsektor und massive Rentenkürzungen bzw. die zu geringe Rentenanpassung an die Lebenshaltungskosten. Sozialwissenschaftler gehen davon aus, dass ca. 70 Prozent der Rentner ihren Anspruch auf Grundsicherung nicht geltend machen, Betroffene stellen oft aus Scham keinen Antrag. Die Rentenreform von 2003 sieht vor, dass das Rentenniveau in der BRD bis 2030 von derzeit noch 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinkt. Die Spirale dreht sich also weiter nach unten. Ein Beschäftigter müsste 35 Jahre mindestens 2.500 Euro verdienen um Altersbezüge über der Grundsicherung zu erreichen, es verdienen jedoch 43 Prozent der in der BRD Beschäftigten weniger. Für Hartz-IV-Empfänger führt der Staat keine Beiträge mehr ab und seit 2005 bringt ein Studium keine Punkte mehr. Sehr oft hat man beschäftigungslose Zeiten, wie soll man da noch auf 35 Beitragsjahre kommen? Rund 400.000 von 20 Millionen Rentnern stocken auf.

junge Welt vom 27.08.2013

**„Wachstum“ der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter
und bei Erwerbsminderung:
in 2007: 1.685 Personen - in 2011: 1.920 Personen**

Wohnen im Alter

In Koblenz erhalten bereits heute 1.161 Personen der über 65-jährigen Grundsicherung im Alter. Da sich die Altersarmut verschärft, würde dies in einer überschlägigen Kalkulation für die Stadt Koblenz bedeuten, dass sich der Anteil der Personen mit Grundsicherung im Alter verdoppeln oder gar vervierfachen würde.

Das Wohnen im Alter ist in Koblenz ein Markt mit steigender Nachfrage. So wird sich die Zahl der älteren Bevölkerung ab 65 Jahre von derzeit 23.523 (2011) bis zum Jahr 2030 um ca. 9 Prozent auf rund 25.600 Personen vergrößern. Aufgrund einer Verringerung der Haushaltsgröße innerhalb der Gruppe der Senioren ist von einer höheren prozentualen Zunahme der Zahl der Haushalte auszugehen.

Die immer größer werdende Nachfragegruppe der Älteren stellt besondere Ansprüche an ihren Wohnraum. Aufgrund der eingeschränkten Mobilität im voranschreitenden Alter haben vor allem ältere Menschen besondere Anforderungen an den eigenen Wohnraum. Eine seniorenrechtliche Wohnung bzw. ein entsprechendes Wohnumfeld kann nämlich durchaus dazu beitragen, die häufig unvermeidbaren altersbedingten Einschränkungen in der körperlichen Leistungsfähigkeit, wenn auch nicht gänzlich zu beseitigen, so doch zumindest ein wenig abzumildern.

Sowohl aktuell als auch in Anbetracht des Wachstums der Gruppe der Senioren in den kommenden Jahren, ist die Marktsituation für barrierearme Wohnungen im preisgünstigen Preissegment in Koblenz als angespannt zu betrachten. Ein großer Teil der Wohnungen wurde gemäß den Planungsempfehlungen aus dem Jahr 1971 errichtet und entspricht demnach kaum noch den heutigen Anforderungen an eine seniorenrechtliche Wohnung.

(Quelle: Wohnraumversorgungskonzept Stadt Koblenz, Entwurfsfassung - Stand 22.7.2013)

Die Weisheit der Wirtschafts'experten' sieht darin kein gesellschaftliches Problem – so der frühere Wirtschaftsweiser Bert Rürup. Als gesellschaftliches Problem wird Altersarmut wegdefiniert, als individuelles Problem taucht es dennoch für immer mehr Menschen auf. Da weiß dann ein anderer Weiser Rat, der Rentenexperte Bernd Raffelhüschen: In Zukunft muss die Politik „den Menschen einfach klar machen, dass es nicht reicht, mal 35 Jahre geringfügig in die Rente einzuzahlen und dann eine üppige Rente zu erwarten.“ (RZ vom 23.10.2013)

Wenn die Politik etwas klar machen muss, scheint es ja doch ein gesellschaftliches Problem zu geben.

Deutschland verarmt Armut macht wohnungslos und Wohnung macht arm

Wer sich mit Wohnungsnot beschäftigt, wird unweigerlich mit dem Problem der Armut konfrontiert. Armut bildet den Kristallisationspunkt all der Probleme, die mit der Frage nach Wohnen zusammenhängen. Und die Entwicklung der Armut in Deutschland ist beängstigend:

Das Statistische Bundesamt gab am 25.10. 2013 bekannt, dass jeder sechste Einwohner von Armut bedroht ist. Das sind rund 13 Millionen Menschen. Die Frauen sind hiervon am meisten betroffen. Auch Erwerbstätigkeit befreit sie nicht aus der Armutsfalle. Am schwersten betroffen sind alleinerziehende Frauen. Rund 38,8 Prozent haben weniger als 60 Prozent des mittleren Medianeinkommens. Das entspricht 980 Euro monatlich für Alleinstehende. 69,3 Prozent der Erwerbslosen gelten als arm.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,5 Euro würde für einen Alleinstehenden ohne Kinder bedeuten, ein Nettoeinkommen von 1.015 Euro zu erzielen, also lediglich 35 Euro über der Armutsschwelle. Minijobs und Leiharbeit zusammen betreffen etwa 3,5 Millionen Menschen im reichsten Land Europas.

Koblenzer Armut in Zahlen

Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) 30.12.2011 gesamt: 4.797 Personen

Nach Zahl der Personen:	
Eine Person	2.569
Zwei Personen	992
Drei oder mehr	1.236
Alleinerziehende	902
Nach Art des Leistungsbezugs:	
Lebensunterhalt (ALGII)	4.399
Unterkunft	4.621
Sozialgeld	759

Leistungsempfänger in Bedarfsgemeinschaft der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) in 2011

Leistungsberechtigte gesamt (Bevölkerung im Alter zwischen 0 und 65 Jahren):	9.316 (11,2%)
Erwerbsfähige Hilfsbedürftige (Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren):	6.554 (9,3%)
Nichterwerbsfähige Hilfsbedürftige (Bevölkerung unter 15 Jahren):	2.762 (21,0%)
Bevölkerung zwischen 15 und 25 Jahren):	1.195 (10,0%)

Arbeitslos - Hartz IV

4.221 Koblenzer sind Ende Februar 2014 arbeitslos gemeldet:
160 mehr als im Januar und 149 mehr als vor einem Jahr.
Stärker sind die Zahlen bei sog. Hartz IV-Empfängern angestiegen:
Um 144 auf 2.813 und damit 99 Menschen mehr als vor einem Jahr.

RZ vom 28.02.2014

Wohnungssuche eines Suchtkranken

Den Zusammenhang von Armut und Wohnen kann nicht einmal mehr die Bundesregierung leugnen. Im ihrem dritten Armuts- und Reichtumsbericht ist zu lesen, dass die Mietbelastung einkommensschwacher Haushalte gemessen an dem zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen überdurchschnittlich hoch ist. Wer wohnen will, ist gezwungen über seine Verhältnisse zu leben. So wird eine Wohnung zum Armutsrisiko.

Noch problematischer ist die Situation von Menschen, die bereits arm sind und eine Wohnung suchen. Dies wird noch schwerer, wenn es aus der Situation einer Lebenslage geschehen muss, die durch Krankheit und Arbeitslosigkeit, oder durch eine Suchterkrankung geprägt ist.

Dann entwickelt sich die Wohnungssuche zur Herbergssuche

Herr K. ist 47 Jahre. Seit über drei Jahren ist er trockener Alkoholiker. In einem Interview beschreibt er, wie es ihm bei der Wohnungssuche ergangen ist.

Momentan geht es Ihnen ganz gut, war das immer so?

Es ist in der heutigen Zeit nicht leicht, seine Würde zu behalten. Als Hartz IV-Bezieher, wie ich es momentan bin, wird man schnell in die Ecke einer sozialen Randgruppe gedrängt. Dies konnte ich am eigenen Leib erfahren. Seit einem Jahr versuche ich, eine Wohnung in Koblenz zu finden, was für mich als Hartz IV-Bezieher eine fast ausweglose Situation ist. Über 40 Wohnungen sah ich mir an. Aber die Tatsache, dass ich Hartz IV beziehe, ist eine unüberwindbare Hürde.

Wie war denn Ihre Wohnungssuche, wo haben Sie überall nachgefragt?

Angefangen habe ich im Internet über ImmobilienScout. Weiter ging es dann über die Zeitung und mit Privatadressen. Schließlich dann auch mit der Koblenzer WohnBau und Immobilienfirmen.

Mich würde interessieren, warum Sie sogar durch die Koblenzer WohnBau keine passende Wohnung gefunden haben?

Ich habe einen Antrag für eine Wohnung abgegeben. Die Mitarbeiterin fragte mich nach meinem Beruf und meiner Arbeit. Als ich ihr sagte, dass ich im Moment arbeitslos bin und Hartz IV beziehe, kam sie ins Grübeln und sagte dann: „Ja, sehen Sie mal zu, dass sie wieder Arbeit finden, dann können Sie noch mal nachfragen, dann werden wir sehen, was wir für Sie tun können.“

Wie geht man damit um, wenn man merkt, dass man als Hartz-IV-Empfänger überhaupt keine Chance mehr hat, eine Wohnung zu finden?

Wissen Sie, darüber bin ich hinweg. Ich ärgere mich nicht mehr, ich weiß, was ich mir wert bin. Ich habe den Ausstieg aus der Sucht geschafft, habe viel Hilfe von Menschen erfahren und bin sehr froh darüber. Es nützt ja nichts, sich aufzuregen, also, was soll's? Die Mitarbeiterin der WohnBau hat das Problem, keine Wohnungen für Hartz-IV-Empfänger zu haben, und das muss sie mir verständlich machen.

Herr B. kam dazu. Er lebt mit Herrn K. in einer Wohngemeinschaft.

Im ImmobilienScout suchte ich verdeckt, das heißt ohne Angabe, dass ich Hartz-IV-Bezieher bin, nach einer Wohnung für meine Bedürfnisse. Das klappte aber nicht, trotz der vielen Mühen, warum: sobald es konkreter wurde mit einem Wohnungsangebot, musste ich meine wahren Verhältnisse angeben: Ich bin Hartz IV, und schon gingen die Rollläden runter, da war die Wohnung angeblich weg.

Hatten Sie denn überhaupt einmal die Möglichkeit einer Wohnungsbesichtigung?

Durch eine Frankfurter Firma bekam ich die Möglichkeit eine Wohnung in Bahnhofsnähe zu besichtigen. Stellen Sie sich folgendes vor: Sie kommen in ein Haus, Parterre, ein Flur für alle Leute, die auf dieser Etage wohnen. Ähnlich wie in einem Hotel gehen vom Flur mehrere Türen ab. Meine Wohnung wäre gewesen: der erste Raum rechts des Flures als Küche mit integrierter Dusche, im Flur zwei Türen weiter links der kombinierte Wohn- und Schlafraum. Jetzt fehlte noch die Toilette. Die war den Flur durch, rechts die Treppe hoch, um mehrere Ecken im Hinterhaus. Die Räume waren stark renovierungsbedürftig, schäbig, die Leitungen über Putz, uralt. Ich sagte zur Begleiterin der Firma: "Wenn ich hier einziehe, habe ich spätestens nach zwei Wochen einen Rückfall."

Sie sind letzten Winter (2009) auch im Kältebus mitgefahren. Was haben Sie auf ihren Fahrten zu den Hilfe suchenden Menschen mitbekommen?

Bleiben wir beim Wohnen: Mit dem Streetworker war ich in der Sachsenstraße. Hier gibt es ein Haus, das gehört einem Herrn Stürmer. Von außen sieht das recht gut aus, aber innen: „Schrottwohnungen“, die auch durch die Arge an Hartz-IV-Empfänger vermittelt werden. Wir besuchten einen Bedürftigen in diesem Haus. Die Wohnung war menschenunwürdig. An der Decke eine nackte Glühbirne. Die Wohnung hatte scheinbar keine Heizung – oder eine, die nur über Geldautomat in Gang zu setzen ist. Es war kalt. Was ist, wenn man im Winter in Geldnöte kommt? Strom und Warmwasser gab es auch nur auf Zuteilung über Automaten. Es ist unzumutbar, was bei uns passiert.

(Klartext Koblenz von Unten, März 2012)

Kein Einzelfall

Dass die oben geschilderte Koblenzer Herbergssuche kein Einzelfall ist, sondern ein gesellschaftliches Problem im Zusammenhang mit Armut und Krankheit, Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung darstellt, macht der Sozialarbeiter Markus Schaan deutlich, der im Projekt ‚Betreutes Wohnen‘ des ‚Steg e.V.‘ tätig ist. In diesem Projekt werden Menschen betreut, die einen Weg aus ihrer Suchterkrankung suchen:

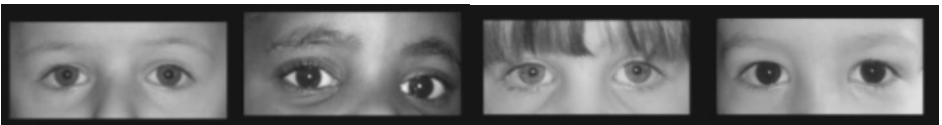
Die Probleme der Menschen, die aus unserem „Betreuten Wohnen“ (max. 2 Jahre) ausziehen und dann keine Wohnung in Koblenz finden, haben sich seit Einführung von Hartz IV verschärft. Es bestehen viele Vorurteile bei den Vermietern. Wenn die ‚Alkoholkrank‘ und ‚Hartz IV‘ hören, machen sie die Schotten dicht. Die ‚Koblenzer WohnBau‘ sah auch kaum Möglichkeiten, passende kleine Wohnungen für unsere Leute bereitzustellen. Auch sie verwies auf die Probleme, die unsere Leute (Suchtkranke) eventuell machen können. Eine Möglichkeit, die Hürde abzubauen, wurde in einer Nachbetreuung durch den ‚Steg‘ gesehen. Dabei wäre ein Widerspruch nicht zu übersehen: Unsere Leute wurden mit Geld von Stadt und Land ‚wohnfähig‘ gemacht und sollen dann noch ‚nachbetreut‘ werden? (Klartext Koblenz von Unten, März 2012)

Leben mit dem Regelsatz für einen Erwachsenen

Wer arm ist, wird nach Hartz IV verurteilt und muss mit einem Regelsatz von 382 Euro im Monat leben (Stand August 2013). Die ‚Regel‘ ist gründlich und differenziert berechnet. Schließlich soll es ja gerecht zugehen – vor allem im Blick auf die ‚Leistungsträger‘. Es wäre ungerecht, ihnen angesichts wachsender Spaltung in arm und reich mehr ‚Opfer‘ zu zumuten. Und so wird der monatliche Regelsatz berechnet (Auswahl):

	pro Monat in Euro:
• Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	135,61
• Freizeit - Unterhaltung - Kultur	42,17
• Bildung	1,46
• ÖPNV - PKW	24,07
• Wohnen (Einrichtung, Instandhaltung, Energie)	31,94
• Bekleidung - Schuhe etc	32,10
• Gesundheitspflege - Hygieneartikel	16,43

In welche Zukunft blicken diese Kinderaugen?



Mehr als Zahlen – Armut hat ein menschliches Gesicht. Gesichter der Kinderarmut

Armut begegnet uns in den Gesichtern von Kindern, die mit knurrendem Magen in die Schule gehen, von Viert- oder Fünftklässlern, die nur mit Mühe und Not lesen und schreiben können, von Mädchen und Jungen, für die ein Besuch in der Schwimmhalle zu teuer ist...

Arme Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche...

- sind oft schlechter mit materiellen Gütern versorgt,
 - haben oft weniger soziale Kontakte und weniger Freunde,
 - haben schlechtere Aussichten in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung,
 - leiden stärker unter körperlichen und seelischen Belastungen und haben weniger Freizeitmöglichkeiten, um solche Belastungen auszugleichen.
- (www.aktion-mensch.de)

**Familien in Koblenz - Personenverbände mit minderjährigen Kindern
in 2007: 10.317 - davon 3.287 alleinerziehend = 31,9 Prozent**

Die Politik mag ihnen lieber nicht ins Gesicht sehen. Sie „zieht sich komplett zurück. (...) Außerdem kostet die Bekämpfung der Armut Geld“, beklagt auch der Sprecher des Kinder- und Jugendwerks Arche, Wolfgang Büscher. Für Wolfgang Büscher, der im Berliner Bezirk Hellersdorf täglich mit benachteiligten Kindern zu tun hat, wäre gut ausgebildetes Personal in Kitas, Schulen und in der Sozialarbeit wichtig. „Ideal wäre eine Super-Nany“, sagt Büscher. Statt eines Jugendamtsmitarbeiters, der oft für 100 und mehr Familien zuständig ist, sollte eine „Super-Nany“ nur drei Familien betreuen. „Das ist teuer, aber billiger als volle Gefängnisse“, sagt Büscher.

Nach Angaben des Deutschen Kinderhilfswerks sind von relativer Armut – also Armut, die am durchschnittlichen Einkommen gemessen wird - inzwischen 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren und damit jeder fünfte Heranwachsenden betroffen. Im Jahr 2007 war es ‚nur‘ jeder sechste. (Infos nach RZ vom 15.01.2014)

Zwischen Angst und Wut im Hamsterrad

Ich habe Angst, ich habe noch Arbeit, aber wie lange noch? Ich weiß, dass ich schon morgen entlassen werden kann, die Sozialpläne sind schon im Umlauf. Ich will arbeiten, meine Familie kann sich auf mich verlassen. Ich strenge mich an, mache bereitwillig Überstunden, ich lasse mich auch flexibel einsetzen. Manchmal bin ich die ganze Woche weg, ich habe schon Lohn einbußen hingenommen. Warum bin ich in diesem

Hamsterrad, warum komme ich da nicht raus, was passiert mit mir? Der Stress in der Arbeit setzt sich fort in meiner Familie. Wenn ich die Woche über weg bin und komme Freitag nach Hause, werden erst mal alle Probleme durchgekaut, obwohl ich abgepannt bin und Ruhe dringend nötig habe.

Unser Kommunikationszentrum ist die Pinnwand. Mir tut es weh, wenn ich die Kinder vor dem Fernseher sitzen sehe, weil ich einfach keine Zeit für sie habe. Das Geld reicht hinten und vorne nicht, die Schulden drücken, was mag noch werden?

Wenn ich Hessens Regierungschef Roland Koch reden höre:

„Es kann aber kein funktionierendes Arbeitslosenhilfe-System geben, das nicht auch ein Element von Abschreckung enthält... Politik muss die notwendige Härte haben, solche fordernden Elemente einzuführen und durchzusetzen, weil sie die Gegenleistung für eine sehr großzügige Unterstützung der Bürger und Steuerzahler sind...“ Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit...“ dann steigt Wut in mir hoch und Angst; denn auch ich könnte bald schon zur Zwangsarbeit gezwungen werden. (*Klartext Koblenz von Unten, März 2012*)

Was unsere Eliten und Leistungsträger schon immer über Arme denken und sagen:

Über diejenigen, die keinen Job haben und von ein paar Hundert Euro im Monat leben müssen, werden Kübel von Diffamierungen ausgegossen. Je nach Bedarf liegen Menschen, die auf Hartz-IV angewiesen sind, auf der faulen Haut oder arbeiten schwarz. Sie bemühen sich nicht um Bildung oder sind so informiert und clever wie Steuerhinterzieher (was dann in Fällen von Armutscleverness jedoch Missbrauch genannt wird). Egal, wie es gedreht wird, immer machen sich Arme auf Kosten arbeitsamer Leistungsträger einen schönen Lenz.

Hans-Werner Sinn als Prophet des Niedriglohns und prekärer Beschäftigung

"Jeder findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt, denn je weiter er fällt, desto attraktiver wird es für die Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen, um die sich bietenden Gewinnchancen auszunutzen." (*Sinn 2003, 93*)

"So wie der Apfelpreis umso niedriger sein muss je größer die Apfelernte ist, damit alle Äpfel ihre Abnehmer finden, muss auch der Lohn der Arbeitnehmer ... umso niedriger sein je mehr es von ihnen gibt, damit keine Arbeitslosigkeit entsteht. ... Das ist eine bloße Beschreibung der Funktionsweise der Marktwirtschaft, die man akzeptieren muss, wenn man die Wirtschaftsform überhaupt will." (*Sinn 2003, 177*) (www.Studilnside.de)

Ehrliche und Parasiten

„Jeder Euro, der am Arbeitsmarkt „abgezockt“ wird, steht für sinnvolle Unterstützung nicht mehr zur Verfügung. Leistungsmissbrauch ist also kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug an all denen, die Hilfe wirklich brauchen und an Millionen Menschen, die ihre Steuern und Sozialabgaben ehrlich entrichten und die sich auf diesen Staat verlassen können.“

„Biologen verwenden für ‚Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‘, übereinstimmend die Bezeichnung ‚Parasiten‘. Natürlich ist es völlig unstatthaft, Begriffe aus dem Tierreich auf Menschen zu übertragen. Schließlich ist Sozialbetrug nicht durch die Natur bestimmt, sondern vom Willen des Einzelnen gesteuert.“

Wolfgang Clement (SPD), ehemaliger Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, in seinem Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005

Zwangsarbeit

„Wer Geld von der Gemeinschaft bekommt, muss auch was dafür tun.“ *Und weiter:* „Sanktionen gegen arbeitsunwillige Hartz IV-Empfänger müssten konsequent angewendet werden.“ *Und die Unterstellung:* "Die Erhöhung des Regelsatzes kommt bei vielen Kindern aus Hartz-IV-Familien gar nicht an, weil die Eltern das Geld lieber für andere Bedürfnisse ausgeben."

Ursula von der Leyen (CDU), ehemalige Bundesarbeitsministerin (jW vom 11.01.2010)

Der Koblenzer CDU-Fuchs in Berlin: Arbeit muss sich wieder lohnen.

"Die Ausgaben für Hartz IV dürfen nicht größer werden." Stattdessen müsse das zusätzlich für Kinder benötigte Geld durch eine Umverteilung innerhalb des Hartz-IV-Budgets zusammenkommen. (...) Ziel müsse aber vor allem sein, einen ausreichenden Abstand zwischen Hartz IV und geregelterm Einkommen zu wahren. Dieses sogenannte Abstandsgebot ist aus seiner Sicht aber weder durch Mindestlöhne noch durch eine Kürzung der Hartz-IV-Sätze durchsetzbar. Denn selbst mit einem Mindestlohn von beispielsweise zehn Euro hätten einige Arbeitslosengeld-II-Empfänger am Monatsende mehr auf dem Konto als Arbeitnehmer mit einem Mindestlohn. Stattdessen setzt sich der CDU-Politiker dafür ein, dass sogenannte Aufstocker - also Geringverdiener, die zusätzlich Hartz IV bekommen - steuerlich begünstigt werden, so dass sich ihre Arbeit wieder lohnt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs in einem Gespräch mit der 'Rhein-Zeitung' vom 17.02.2010

Wo die Armen das Geld der 'Leistungsträger' hinschleppen...

„Mit mehr Sozialknete kann man die Benachteiligung nicht wirksam bekämpfen. Bekäme jede arme Familie 200 oder 300 Euro mehr Stütze im Monat, würden sich dadurch ihre Aussichten auf einen Job, auf ein selbstbestimmtes Leben, auf bessere Aufstiegschancen ihrer Kinder keinen Millimeter verbessern. Die Erfahrung zeigt: Das würde nur den Umsatz bei McDonald's erhöhen.“

Walter Wüllenweber in seinem Essay „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern!“ im Stern 43/2006

Wider den Luxus von Mitleid und Nächstenliebe

„Die Begründung soziale Tätigkeit auf Mitleid und Nächstenliebe führt unwillkürlich dazu, dass man Geld und Mühe da verwendet, wo das Elend am größten ist. Aber sozial richtig ist das nicht. Die Humanität in diesem Sinne ist zweifach unwirtschaftlich.

- **Sie ist teuer:** Mit dem Gelde, mit dem man einen Krüppel erhält, kann man zwei gesunde Kinder hochbringen.
- **Sie ist unproduktiv:** Die vom Mitleid gepflegten Elenden werden niemals das angewandte Kapital dem Volke zurückerstatten.

So rührend daher die Versorgung von Idioten, Krüppeln oder anderen lebensunfähigen Elementen sein mag, man sollte nie übersehen, dass sie ein Luxus ist, und man sollte vor jeder größeren Aufwendung sich fragen, ob unser Volk sich diesen Luxus erlauben kann“ ...

„Man wird niemals zu einer richtigen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik kommen, wenn man nicht lernt, auch das Menschenleben mit dem Auge des rechnenden Kaufmanns zu betrachten und sich fragen:

- **Was kostet der einzelne Mensch der Gesellschaft? Was bringt er ein“?**

Heinz Potthoff, Reichstagsabgeordneter der linksliberalen „Fortschrittlichen Volkspartei“, 1911 über die „Unwirtschaftlichkeit von Behinderten und „Entarteten“, aus: Robert Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus, ..., 320f.

Wir haben ein Gesetz und danach müssen...

über 25jährige bei einem versäumten Termin mit zehn Prozent, bei einem ausgeschlagenen Maßnahmen- oder Jobangebot mit 30 Prozent Abzug rechnen. Jungen Leistungsbezieher unter 25 Jahren können die Behörden sofort den kompletten Regelsatz streichen; beim zweiten Verstoß fällt auch der Mietzuschuß weg, und Krankenversicherungsschutz besteht nur noch für ‚akute Notfälle‘. Im Jahr 2011 verhängten Jobcenter bundesweit rund 10.400 Totalsanktionen.

Damit sanktionierte Bezieher von Grundsicherung (Hartz IV) nicht unerlaubt mehr essen, als ihnen zugestanden wird, hat sich das Jobcenter im nordhessischen Waldeck-

Frankenberg etwas ganz Besonderes einfallen lassen: **fälschungssichere Lebensmittelgutscheine**. So war im November ein Erwerbsloser aus dem Frankenger Land zu einer Haftstrafe von 21 Monaten verurteilt worden, weil er Gutscheine am Computer gefälscht und damit ‚eingekauft‘ hatte.

Am 20. Februar will das Amtsgericht Eschwege in Nordhessen einen Prozeß gegen drei Studenten fortsetzen (*am 20.02.2014 Freispruch aus Mangel an Beweisen*). Sie sollen ‚containert‘, also weggeworfene Lebensmittel zum Verzehr mitgenommen haben. Dafür sollten die Studenten per Strafbefehl zu je 4.500 Euro Geldstrafe oder drei Monaten Gefängnis verurteilt werden – **wegen Diebstahls in ‚besonders schwerem Fall‘**.

junge Welt vom 13.02.2014

Philosoph Johann Gottlieb Fichte

(Geb. 19.05.1762 - Gest. 29.01.1814)

"Es ist Grundsatz jeder vernünftigen Staatsverfassung: Jedermann soll von seiner Arbeit leben können. Sobald also jemand von seiner Arbeit nicht leben kann, ist er von diesem Augenblicke an nicht mehr rechtlich verbunden, irgendeines Menschen Eigentum anzuerkennen. Von dem Augenblicke an, da jemand Not leidet, gehört keinem derjenige Teil seines Eigentums mehr an, der als Beitrag erfordert wird, um einen aus der Not zu reißen, sondern er gehört rechtlich dem Notleidenden an."

"Jeder will so angenehm leben, als möglich: und da jeder dies als Mensch fordert, und keiner mehr oder weniger Mensch ist, als der andere, so haben in dieser Forderung alle gleich Recht. Nach dieser Gleichheit ihres Rechts muß die Teilung gemacht werden, so, daß alle und jeder so angenehm leben können, als es möglich ist, also, daß alle ohngefähr gleich angenehm leben können."

Rückkehr des Ausgegrenzten von John Berger 1990

Die Armut unseres Jahrhunderts unterscheidet sich von der früherer Jahrhunderte. Sie ist nicht, wie es früher der Fall war, ein Resultat natürlicher Knappheit, sondern die Folge einer Reihe von Prioritäten, die die Reichen der ganzen übrigen Welt aufgezwungen haben. Infolgedessen finden die mordernen Armen auch kein Mitleid - außer bei einzelnen -, sondern werden als menschlicher Müll abgeschrieben. Die Konsumentenökonomie des 20. Jahrhunderts hat erstmals eine Kultur hervorgebracht, die sich durch einen Bettler an nichts erinnert fühlt.

Trendentwicklung: Zuspitzung der Probleme

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat keine Lösung für die wachsenden Probleme von Armut und Wohnungslosigkeit. Im Gegenteil, sie hat durch Abbau von Sozial- und Arbeitnehmerrechten, verbunden mit der Umstrukturierung des Arbeitsmarktes auf Billiglohn, Teilzeitarbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wesentlich dazu beigetragen. ‚Jede Arbeit ist besser als keine!‘ tönte und tönt es aus Politiker-mund. Das Ergebnis: Auch Arbeit schafft Armut. Und die Kassen sind leer. Der Bedarf an Transferleistungen wächst und wird weiter wachsen ebenso wie der Migrationsdruck; denn im Kapitalismus sind Armut und Zerstörung der Lebensgrundlagen global.

Wer als Politiker vor den Problemen die Augen verschließt und trotz allem für ‚Weiter so!‘ im und mit dem Kapitalismus plädiert, trägt die Beweislast dafür, dass im Rahmen des Kapitalismus die Probleme des Wachstums von Armut und Zerstörung zu lösen sind. Der Hinweis auf die Sparzwänge kann als Ausrede nicht durchgehen. Sie sind ja genau durch die innere Krisendynamik des Kapitalismus verursacht, der an seine logische ebenso wie an seine ökologischen Schranken stößt. Mit dem Zwang zur Entsorgung von Arbeit als Substanz für die Verwertung von Kapital zerstört er seine Möglichkeiten der Wertschöpfung, die wiederum die Grundlage der Finanzierung staatlicher Leistungen sind. Weil die Politik solche Zusammenhänge nicht sehen will oder kann, steht ihre sog. ‚Realpolitik‘ auf ausgesprochen illusionären Grundlagen.

*Dennoch oder gerade deshalb ist die Finanzierung von Transferleistungen, von Hilfen für Menschen in Armut und psycho-sozialer Not wesentlich und unverzichtbar. Nicht diejenigen, die eine Mindestgarantie an Menschenwürde einfordern, müssen beweisen, dass dies möglich ist. Dass Menschen Zugang brauchen zu gesunder Ernährung, Wohnung, Gesundheit, psycho-sozialem Wohlbefinden – und das weltweit - **ist schlicht nicht verhandelbar** – auch nicht angesichts vermeintlicher Sparzwänge.*

Europa in der Krise Arbeitslose Menschen in der EU (November 2013)

EU-Staaten gesamt: 26,6 Mio. Menschen (10,9 Prozent)

Im Einzelnen: in Prozenten:

Jugendarbeitslosigkeit (15 - 24 Jahre)

Griechenland: 27,4
Spanien: 26,7
Österreich: 4,8
Deutschland 5,2

EU-Staaten gesamt: 5,66 Mio. = 23,6 Prozent
Spanien und Griechenland: über 50 Prozent

Bertolt Brecht, An die Nachgeborenen

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!
Das arglose Wort ist töricht.
Eine glatte Stirn deutet auf Unempfindlichkeit hin.
Der Lachende hat die furchtbare Nachricht
nur noch nicht empfangen.
Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume
fast ein Verbrechen ist
weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!
Der dort ruhig über die Straße geht
ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde
die in Not sind?
Es ist war: ich verdiene noch meinen Unterhalt
aber glaubt mir: das ist nur ein Zufall.
Nichts von dem, was ich tue, berechtigt mich dazu,
mich satt zu essen.
Zufällig bin ich verschont.
(Wenn mein Glück aussetzt, bin ich verloren.)
Man sagt mir: Iss und trink du! Sei froh, dass du hast,
aber wie kann ich essen und trinken,
wenn ich dem Hungernden entreiße, was ich esse,
und mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt?
Und doch esse und trinke ich.
Ich wäre gerne auch weise.
In den alten Büchern steht, was weise ist:
Sich aus dem Streit der Welt halten
und die kurze Zeit ohne Furcht verbringen
auch ohne Gewalt auskommen
Böses mit Gutem vergelten
seine Wünsche nicht erfüllten, sondern vergessen gilt für
weise.
Alles das kann ich nicht: Wirklich, ich lebe in finsternen
Zeiten!

Wohnraum Ein Problem auch in Koblenz

In der Bundesrepublik herrscht ein massiver Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. Wird der derzeitige Mietwohnungsbau nicht auf mindestens 130.000 neue Wohnungen pro Jahr erhöht, werden in fünf Jahren in der BRD 400.000 Unterkünfte fehlen. So lautet das Fazit zweier aktueller Studien, die das Prestel-Institut in Hannover und der Wohnungsbauexperte Volker Eichner von der Bochumer EBZ Bussines School im Auftrag der Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ erstellt haben. Der schrittweise Rückzug des Bundes aus der Wohnraumbförderung in den vergangenen fünfzehn Jahren wurde als Hauptursache für die aktuelle Wohnungsnot ausgemacht. Erforderlich wäre der Neubau von 825.000 Mietwohnungen bis zum Jahr 2017. *junge Welt vom 03.03.2012*

Der Bund ‚muss‘ sparen, und so werden Probleme an die Kommunen weitergereicht, deren Kassen leer sind und die daher auch wieder sparen ‚müssen‘. Am Ende der Problemverschiebungen stehen die Menschen, die dringend eine finanzierbare und menschenwürdige Wohnung brauchen. Ein Blick in die Statistik verdeutlicht die Problemlage für Koblenz.

Untersuchungen am Wohnungsmarkt für das Jahr 2013

Analysiert wurden Anzeigen in der Rhein-Zeitung und bei ImmobilienScout24:

- Kleine Wohnungen bis zu 50 qm machen nur 13 Prozent der Angebote aus.
- Die Zahl der angebotenen Wohnungen bis 75 qm ging von 2012 auf 2013 um 20 Prozent zurück.
- Bei den Wohnungen zwischen 75 und 100 qm hat sich das Angebot seit 2010 halbiert.

Nach einer Wohnungsknappheit Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre folgte eine starke Bauphase:

- Von 1989 bis 1992 wurden in Koblenz im Schnitt pro Jahr 225 (von 1993 bis 1996 pro Jahr sogar ca. 600) Wohnungen gebaut.
- In der Folge gab es ein Überangebot. Das Ergebnis war, dass vor allem Mietobjekte weniger gebaut wurden.
- Laut Statistik der Stadt wurden in den vergangenen fünf Jahren pro Jahr im Schnitt 140 neue Wohnungen gebaut, dies entspricht nicht mal einem Viertel der Bauaktivität Mitte der 1990er Jahre.

Wie teuer ist Wohnen in Koblenz?

- 2013 lag der mittlere Mietpreis bei 6,80 Euro pro qm, das bedeutet einen Anstieg von 16 Prozent seit 2010.

Aus RZ vom 07.02. 2014

Bestand und Entwicklung des preisgebundenen Wohnraums

In der Stadt Koblenz existierten Ende des Jahres 2011 rund 2.200 geförderte Wohnungen. Gemessen an den stadtweit 58.737 Wohnungen entspricht dies knapp vier Prozent des gesamten Wohnungsbestandes. 77 Prozent aller geförderten Wohnungen sind öffentlich geförderte Mietwohnungen. Demnach hat der geförderte Mietwohnungsbestand in den letzten fünf Jahren um 22 Prozent abgenommen. Der stärkste Anbieter von geförderten und damit preisgünstigen Wohnungen ist die Koblenzer Wohnbau mit rd. 85 Prozent. Bis zum Jahr 2022 werden laut Kommunalstatistik weitere 276 geförderte Mietwohnungen aus der Bindung fallen. Ein Neubau geförderter Wohnungen findet in Koblenz derzeit kaum statt, da die aktuellen Förderbedingungen des Landes Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der extrem niedrigen Marktzinsen für Investoren sehr unattraktiv sind.

(Quelle: Wohnraumversorgungskonzept Stadt Koblenz, Entwurfsfassung - Stand 22.7.2013)

„Koblenzer WohnBau“

"Wir haben keine finanziellen Spielräume. Aus finanzieller Sicht kann die WohnBau nichts machen. Hartz IV und Niedriglöhne sind ein Problem für den Wohnungsbau".

"Was passiert:

Die Wohnungen werden am Anfang zum niedrigen Preis vermietet und danach wird die Miete erhöht".

Wohngeldempfänger in 2011: 1.749

davon Arbeitslose, Rentner und sonstige Nichterwerbspersonen: 1.075

Durchschnittliche Mietpreise für Wohnungen mit Wohngeld beziehenden Haushalten:

Wohnungen Insgesamt in 2010:

1.861 zu 6,32 Euro/qm

frei finanziert:

in 2010: 860 zu 6,30 Euro/qm

in 2011: 687 zu 6,40 Euro/qm

Wohnungen Insgesamt in 2011:

1.520 zu 6,43 Euro/qm

öffentlich gefördert:

in 2010: 28 zu 6,16 Euro/qm

in 2011: 22 zu 6,47 Euro/qm

Immer wieder das gleiche Lied aus der Politik ...

- Die Bürgermeisterin, Frau Hammes-Rosenstein:

Es ist schwierig. Wir sind am Thema dran. Wir wollen alle in einem Boot haben. Es wird ja etwas getan. Daher ist ein Wohnungsversorgungskonzept ein wichtiges Thema, weil man für viele Menschen eine Antwort haben muss.

- Die Leiterin des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales, Frau Schüller:

Die Stadt unterstützt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Es wird also schon was gemacht. Die Achtung vor dem Gesetz ist das höchste Gut der Verwaltung, es ist absolut.

... das 1965 ganz anders klang!

Es gibt künftig eine einheitliche Wohngeldregelung für alle Wohnungen in allen Städten und Landkreisen, d. h. nicht nur für Sozial- und Altbauwohnungen in den „weißen“ Kreisen, sondern auch, im Gegensatz zum bisherigen Rechtszustand, für steuerbegünstigte und freifinanzierte Neubauwohnungen in den noch „schwarzen“ Kreisen, also in den Gebieten, in denen vorerst die Zwangswirtschaft beibehalten wird. Ab 1. April 1965, an diesem Tag soll das neue Gesetz in Kraft treten, gibt es also nur noch ein Wohngeldgesetz. 1.500 DM.

Das neue Gesetz soll zum 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Dann wird Wirklichkeit, was Wohnungsminister Paul Lücke immer von dem Gesetz gefordert hat:

Dass es jeder Familie in einer wirtschaftlichen Notlage das familiengerechte Mindestmaß an Wohnraum wirtschaftlich sichert. Es soll und wird nie wieder vorkommen, dass eine Familie – wie etwa während der großen Arbeitslosigkeit 1930 bis 1933 – ihre Wohnung oder gar ihr Eigenheim aufgeben muß, weil sie die Miete oder die Belastung nicht mehr aufbringen kann. Darin liegt die zukunftsweisende sozialpolitische Bedeutung des neuen Gesetzes. (Siehe auch Seite 24 oben)

Quelle: http://www.kas.de/wf/doc/kas_24930-544-1-30.pdf?110902100615

Entwicklung der einkommensschwachen Nachfrage in Koblenz

Für den Bezug einer preisgebundenen Wohnung ist ein Wohnberechtigungsschein erforderlich. Die Vergabe ist abhängig vom Einkommen des beantragenden Haushaltes. Nach Haushaltsgröße unterteilt zeigt sich, dass die Mehrzahl der Antragsteller (40%) Singles sind, und demnach insbesondere kleine Wohnungen bis zu einer angemessenen Größe von ca. 50 qm nachgefragt werden. Auch der Barrierearmut kommt dabei eine große Bedeutung zu, hat sich doch der Anteil der Personen über 50 Jahren im genannten Zeitraum um sieben Prozent erhöht. Damit war im Jahr 2011 fast jeder Dritte Antragstellende über 50 Jahre alt.

Eine weitere Gruppe der Bezieher von Mindestsicherung – und damit Nachfrager nach preiswertem Wohnraum – sind die Sozialhilfeempfänger nach SGB XII. Insgesamt ist ihre Zahl von 1.645 Personen im Jahr 2007 auf 1.897 Personen im Jahr 2011 angestiegen (+15%).

Neben den Beziehern von Mindestsicherung treten auch Haushalte mit Bezug von Wohngeld als Nachfrager preisgünstigen Wohnraums am Markt in Koblenz auf. Im Jahr 2011 bezogen 1.749 Haushalte in der Stadt Koblenz Wohngeld. Insgesamt hat die Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug in dem genannten Zeitraum (2007-2011) um rund 85 Prozent zugenommen. Haushalte im Niedrigeinkommensbereich mit hohem Armutsrisiko haben eine große Bedeutung am Koblenzer Wohnungsmarkt, weil sie auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind.

(Quelle: Wohnraumversorgungskonzept Stadt Koblenz, Entwurfassung - Stand 22.7.2013)

Wohnung ein Menschenrecht ausgehöhlt nach den Gesetzen des Marktes

Wohnen ist zwar als Menschenrecht deklariert. Näheres aber wird nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage geregelt. Im Klartext: Das Menschenrecht auf Wohnen kann nur garantiert werden, wenn die Gesetze des Marktes es möglich machen. Da diese aber nur auf Kaufkraft reagieren, bleiben Menschen ohne Kaufkraft außerhalb der Nachfrage und damit ohne Wohnung – Menschenrecht hin oder her. Der Mietspiegel orientiert sich an kaufkräftiger Nachfrage:

Laut aktuellem Mietspiegel der Stadt Koblenz liegen die Mieten je nach Baujahr und Wohnungsgröße zwischen 5,08 EUR/qm und 12,28 EUR/qm. Für die genaue Abgrenzung von Mietpreisspannen ist die Grundlage eines qualifizierten Mietspiegels von hoher Bedeutung. Da ein Vermieter in seinem Mieterhöhungsverlangen auf einen qualifizierten Mietspiegel verweisen muss, sofern dieser Angaben zu einer betrachteten Wohnung enthält, wird ein qualifizierter Mietspiegel quasi zum Maßstab für die Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Daher kann ein qualifizierter Mietspiegel in hohem Maße dazu beitragen, Zivilprozesse über Mietstreitigkeiten zu vermeiden bzw. zu verkürzen.

Nach einem Preiseinbruch mit dem Einsetzen der Immobilienmarktkrise Ende 2008 ist die Durchschnittsmiete in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2012 konnte ein Höchstwert mit 6,49 EUR/qm erreicht werden. Damit hat der Angebots-Mietpreis in den letzten vier Jahren um rd. sieben Prozent zugenommen, seit dem Tiefststand im Jahr 2009 sogar um zwölf Prozent. Wie in vielen Städten spiegelt sich auch in Koblenz der Trend, je günstiger die Wohnung desto höher die Nachfrage, wider.

Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Beurteilung der Wohnkaufkraft ist das durchschnittliche Haushaltseinkommen in einer Stadt. Das verfügbare Einkommen und der Anteil der Haushalte mit höheren Einkommen belegen, dass in Koblenz auch eine hohe Kaufkraft vertreten ist und hier dementsprechend auch hochpreisige Angebote am Markt wichtig sind. Ebenso verweisen die Einkommensverteilung und die Arbeitsmarktsituation aber auch auf die Bedarfe an preiswertem Wohnraum.

Aus qualitativen Veränderungen ergibt sich ein Handlungsbedarf, die öffentliche Infrastruktur an neuen Strukturen anzupassen. Für den Wohnungsmarkt der Zukunft bedeuten die Veränderungen:

- dass adäquate Angebote für die Zielgruppe der jungen Alten mit hohen Ansprüchen an den Wohnstandort und die Wohnung bereitgehalten werden sollten.
- weitere Marktnischen zur Wohneigentumsbildung zu schaffen, um potenzielle Erwerberhaushalte (30 bis 45 Jahre) in der Stadt zu halten. Oder – mit Blick auf die Zielgruppe der Best Ager und Senioren – das barrierefreie Reihen-Eigenheim als weiteres Angebot für Haushalte, die sich ein zweites Mal Eigentum zulegen möchten.

Quelle: Wohnraumversorgungskonzept Stadt Koblenz, Entwurfsfassung - Stand 22.7.2013

Zynischer Kapitalismus

Der Markt soll, was er nicht kann.

Es ist offensichtlich: Der Markt reagiert auf Kaufkraft, aber nicht auf Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, wenn es möglich sein soll, dass Menschen leben. Wer hungrig ist und satt werden will, aber über keine Kaufkraft verfügt bleibt hungrig. Deshalb sind die Gesetze des Marktes tödlich. Und Papst Franziskus schreibt zu Recht: „Diese Wirtschaft tötet.“ Ähnlich geht es mit der Wohnung. Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf – und zwar eines, das ein menschengerechtes Leben ermöglicht. Auch das kann der Markt nur gegen entsprechende Kaufkraft anbieten. Menschen ohne Kaufkraft bleiben auf dem Markt ohne Brot und Wohnung.

Entgegen aller Fakten, in denen die Zerstörung des Lebens und der Lebenszusammenhänge, deutlich werden, wird unverdrossen das Loblied auf den Markt gesungen – angesichts der Lebenswirklichkeit von Armut und Wohnungslosigkeit ein ausgesprochen zynischer Gesang. Seine Sänger und seine Melodien:

Der Verein Haus & Grund

„Wir brauchen mehr Markt und weniger staatliche Gängelung, damit in Deutschland auch in Zukunft weiterhin ausreichend Wohnraum zu angemessenen Preisen angeboten werden kann.“ Dies fordert der Präsident von Haus & Grund Deutschland.

Um die wohnungspolitischen Herausforderungen zu meistern, die sich aus Energie- und demografischem Wandel ergeben, fordert Haus & Grund in Bund und Land eine „systematische und gezielte Investorenpflege“. Allen, die ihr Geld in Wohnungsbau stecken wollen, sollte die Politik mit sichtbaren Zeichen und handfesten Beschlüssen Mut machen. „Mit Klassenkampf kommen wir allerdings nicht weiter“. Notwendig seien vielmehr Ruhe und Augenmaß sowie ein „Klima des Aufeinanderzugehens“.

Haus & Grund Koblenz ist ein eingetragener Verein mit inzwischen 4.000 Mitgliedern und vertritt die Belange des Immobilieneigentums gegenüber Staat und Gesellschaft.

Der Vorsitzende von Haus & Grund, Koblenz, Christoph Schöll :

„Die Investitionen in den klassischen Mietwohnungsbau sind bundesweit zurückgegangen. Und für Koblenz zeigt die Statistik eindeutig: Der Klassische Mietwohnungsbau ist hier bei uns bereits seit Ende der 1990er Jahre nicht mehr existent. Wesentliche Gründe hierfür sind unter anderem das strenge Mieterschutzrecht, das Gestrüpp an gesetzlichen Regelungen und öffentlich-rechtlichen Einschränkungen rund um das Bau- und Eigentumsrecht sowie fehlende steuerliche Anreize.“

„Die Politik muss alles tun, was private Investitionen fördert und alles unterlassen, was Investitionen blockiert. Fest steht: Der Staat ist finanziell nicht in der Lage, die notwendigen Investitionen zu stemmen. Geldgeber müssen, wie in andern Bereichen auch, ein attraktives Umfeld vorfinden, damit sie investieren.“

(Haus & Grund Koblenz 27.09.2013)

Wohnungen verkaufen und Wohnungsbau privatisieren?

Um Geld in die klammen Kassen zu bekommen, lassen sich doch auch Wohnungen verkaufen. Diese Frage hat die FDP-Fraktion im Koblenzer Stadtrat aufgeworfen. Dabei denkt sie an die 3.305 Wohnungen der Koblenzer WohnBau.

Ein Prüfauftrag der CDU betrifft die ‚Wohnbau‘ eine 100-prozentige städtische Tochter. Die Fraktion regt an, Wohnungen aus dem Bestand an interessierte Mieter zu verkaufen. Das würde der Wohnbau zugute kommen und den Käufern: "Wir würden Mietern die Chance geben, bei historisch niedrigen Zinsen und steigenden Mieten Eigentum zu bilden". *(Rhein-Zeitung vom 21.02.2012)*

Der Berliner Senat

Der Senat in Berlin erteilte der Forderung, die Wohnungspolitik jenseits von Marktlogik auszurichten, mit Verweis auf die Haushaltslage, eine klare Absage. Der Senat setzt bei beabsichtigten Neubauten auf zahlungskräftige Neuberliner, die in der Innenstadt wohnen wollen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung teilte mit, dass die Mieten zukünftig geförderter Neubauten in Berlin regelmäßig angehoben werden sollen.

(www.keineprofitemitdermiete.org)

Das ist die Antwort des Senats auf Mietpreisexplosion, Wohnungsprivatisierung und Luxusbauten – Probleme, mit denen Menschen konfrontiert sind, die in Groß- und Universitätsstädten eine Wohnung suchen. Die Gesetze des Marktes sind unerbittlich und zynisch: Der Anteil an preisgünstigem Wohnraum nimmt ab und Zwangsräumungen sind an der Tagesordnung. Allein 2012 haben in der BRD 65.000 Haushalte durch einen Räumungstitel ihre Wohnung verloren. (Siehe auch Seite 20, Kasten)

„Höllenhunde“ - auf der Suche nach Verwertung von Kapital durch Immobilien

Die Gesetze des Marktes eröffnen denen Spielräume, die Kapital verwerten, und durch die Verwertung von Kapital ihre Profitraten zu steigern suchen. Solche Verwerter ziehen als „Höllenhunde“ durchs Land. Genau so „Cerberus“ - das ist in der griechisch-römischen Mythologie der Name des Höllenhundes – nennt sich die TAG, Patrizia, Cerberus. Auch wenn sie sich nicht so nennen, gehören auch Fortress oder Whitehall zu den ‚Höllenhunden‘.

Sie ziehen durch Deutschland um durch Investitionen in Wohnungen Kapital zu vermehren. Am liebsten kaufen sie ganze Siedlungen, oder große Immobilienfirmen. Jüngstes Beispiel ist der Verkauf von 32.000 GBW-Wohnungen des Landes Bayern an ein Konsortium des Patrizia-Konzerns. Seit 1999 sind in der Bundesrepublik über 2,1 Millionen Wohnungen versilbert worden. Und das teilweise mehrfach, denn die Haltdauer der Immobilien durch diese Art „Investoren“ wird in Monaten, nicht in Jahren gemessen.

Kapitalgesellschaften kaufen Immobilienunternehmen steuerfrei. Die erworbene Firma wird auf Rendite getrimmt, z.B. durch Mieterhöhung, und an die Börse gebracht. Investoren verwandeln Immobilienvermögen in REITs, Real Estate Investment Trusts, juristische Konstrukte in der Form steuerbefreier und dividendenträchtiger Immobilien-AGs. REITs zahlen bei einer Ausschüttung von mindestens 90 Prozent der Gewinne und einem Eigenkapital von 45 Prozent keine Steuern.

2004 verkaufte das Land Berlin für 404 Millionen Euro die gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW). Käufer waren die Private-Equity-Gesellschaft Cerberus und die Investmentbank Goldman Sachs, die Mieter sollten vor Kündigungen und Mieterhöhungen geschützt werden. Nach dem Kauf wurden von 2004 bis 2010

rund 447 Millionen Euro Gewinne ausgeschüttet. Die ‚Heuschrecken‘ Cerberus und Goldman Sachs sind weitergezogen. Mit dem Aktienverkauf am 12. Januar 2012 haben die Heuschrecken nochmals rund 700 Millionen Euro eingesackt- und so innerhalb von sieben Jahren das Kapital verdreifacht.

Die GSW wird heute an der Börse mit 1,5 Milliarden Euro bewertet, der „rot-rote“ Senat erzielte damals 404 Millionen, ein schlechtes Geschäft für die Berliner.

Für GSW-Mieter hat sich dieser Deal nicht gerechnet: Deren Wohnbedingungen verschlechterten sich massiv. Der durchschnittliche Mietpreis stieg von 3,80 Euro/qm auf 5,14 Euro/qm. Die Schutzklauseln waren oftmals Makulatur, Vorkaufsrechte der Mieter wurden missachtet und Instandsetzungen unterlassen. Viele Menschen müssen umziehen, weil die Mieten nicht mehr den Hartz-IV-Sätzen entsprechen.

(Quelle: jW vom 25.04.2013)

Die Aktionäre der ‚Deutschen Wohnen‘ haben auf einer außerordentlichen Hauptversammlung der Ausgabe neuer Aktien ihres Unternehmens zugestimmt und damit eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme der GSW erfüllt. Rund 79 Prozent der GSW-Aktionäre nahmen das Angebot an und stimmten am 04.11.2013 der Übernahme zu. Sie erhalten für eine Aktie der GSW 2,55 Aktien der ‚Deutschen Wohnen‘.

Die GSW hat nach Angaben der ‚Deutschen Wohnen‘ einen Wert von 1,75 Milliarden Euro. Bei dem geplanten Zusammenschluss soll mit rund 150.000 Wohnungen im Wert von zirka 8,5 Milliarden Euro der zweitgrößte börsennotierte Wohnungskonzern in Deutschland entstehen.

Die ‚Deutsche Wohnen‘ verspricht sich von der Übernahme Einsparungen in Höhe von rund 25 Millionen Euro jährlich. Sie legt das Hauptaugenmerk ihrer Geschäftstätigkeit darauf, „die Vertragsmieten zu erhöhen“. Das soll erreicht werden „durch Mietsteigerungen aufgrund des Mietspiegels, durch Realisierung der Mietpotentiale im Rahmen der Neuvermietung und durch gezielte auf die Mieter umlegbare Modernisierungsmaßnahmen“.

100 Prozent der GSW-Anteile will die ‚Deutsche Wohnen‘ allerdings nicht übernehmen, sondern maximal 94,9 Prozent. Denn sonst müsste sie rund 130 Millionen Euro Grunderwerbsteuer zahlen. Für die GSW-Aktionäre sei das nur positiv, sagte Michael Kunert vom Anlegerschutzverband SdK.

(Quelle: Berliner Zeitung vom 30.10.2013)

Kommunen im Dienst der ‚Höllenhunde‘

Eine exzessive Liberalisierung und die einseitige Bedienung privater Interessen prägen die städtische Entwicklung, Kapitalgesellschaften haben das Heft in der Hand. Deren Ziel ist nicht eine harmonische Gemeindeentwicklung, sondern eine hohe Rendite.

Stadträte lassen sich von den Visionen der Konzerne, Immobilienspekulanten oder Banken beeinflussen und stimmen zu, wenn ganze Siedlungen platt gemacht und durch eintönig-hässliche Neubauten ersetzt, denkmalgeschützte Bauten für eine meist fragwürdige Nutzung billig verscherbelt oder Grün- und Freiflächen zubetoniert werden sollen. Eine unheilvolle Allianz von politischen Entscheidungsträgern, privaten Unternehmern und Lobbyisten wirken an diesem zerstörerischen Ausverkauf mit.

Aber nicht nur Vermögenswerte werden privatisiert, sondern auch die Erhebung von statistischen Grundlagendaten und Planungen. Dadurch ist eine gemeinwohlorientierte Stadtplanung nicht mehr gegeben. Gutachten von Wirtschaftsberatungsgesellschaften, die auf interessengeleiteten Datenerhebungen und Planungen beruhen, werden politischen Entscheidungsträgern (Stadträten, Gemeindevertretern) vorgelegt. Was diese nicht zu sehen bekommen, sind komplizierte, seitenlange Vertragswerke die geheim gehalten werden. Ahnungslose Volksvertreter stimmen den privaten Planungen oder Verkäufen zu. *(Quelle: junge Welt vom 18.09.2013)*

Internationale Freihandelsabkommen bedrohen die Daseinsvorsorge

Am Horizont steht schon die neue Liberalisierungsfront bereit: Die EU verhandelt im großen Stil mit den USA auch über die Liberalisierung der Daseinsvorsorge. Im Juli stieg die EU in dem Moment, als es für die Wasserversorgung Entwarnung gegeben hat, gleichzeitig in Verhandlungen ein, in denen es nicht zuletzt um eine Liberalisierung der Wasserversorgung geht. Die neue Liberalisierungswelle ist umso gefährlicher, weil sie mit transatlantischer Wucht kommt. Die EU-Kommission könnte in Zukunft mit Hinweis auf internationale Abkommen eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa durchsetzen. Die neue Bundesregierung und die neue Staatsregierung müssen wachsam bleiben, um eine Bedrohung der kommunalen Daseinsvorsorge gar nicht erst möglich werden zu lassen."

Seit Frühjahr 2013 laufen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA). Es geht um eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels. Betroffen sind auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung.

<http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9511,133>

**„Die Gemeinden fördern das Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner.
Insbesondere die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung
gehört zu ihren Aufgaben.“**

So definieren die Kommunalverfassungen der Bundesländer die Rechte und Pflichten der Gemeinden und Städte im Rahmen der grundgesetzlich garantierten freien Selbstverwaltung. Demnach ließe sich glauben, die Daseinsvorsorge - die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Gütern wie Energie, Wasser, Wohnen, die soziale Infrastruktur (z.B. ÖPNV), Gesundheit, Bildung, Kultur, Sport, etc. - sei Aufgabe der Kommunalpolitik. Die Realität dementiert solch idealistische Vorstellungen. Sie steht unter den Zwängen, die von den Verwertungsbedingungen des Kapitals diktiert werden. Und in der Krise des Kapitalismus werden die Spielräume enger.

**Kaum zu glauben, aber wahr!
Im Koblenzer Theater fanden die Buga-Freunde das Ei des Kolumbus.**

Haben Sie schon gehört, in Koblenz gibt es zu wenig kleine, bezahlbare Wohnungen – jaaa, tatsächlich, wenn ich es Ihnen sage. Man munkelt, dass auf der Niederberger Höhe die alte Fritsch-Kaserne zu Wohnungen umgebaut wird, da könnte ein neuer Stadtteil entstehen. Die Stadt will diese einmalige Chance nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Die Stadt Koblenz ist zwar pleite, aber was soll's, eine Grundausstattung in siebenstelliger Höhe für die kommunale Entwicklungsgesellschaft wird doch noch zusammenzukratzen sein. Ein Dreiklang der sozialen Verantwortung – Verwaltung, Bürger und Investor – soll verhindern, dass dieses tolle Projekt eine Spielwiese für Spekulanten wird, denen die Gewinnerwartung schon aus den Augen quillt. Es wird erkannt, dass die weniger wohlhabenden Bürger auch wohnen wollen, aber im Moment nicht so richtig können, weil es immer weniger Wohnraum für ihren Bedarf gibt. Wissen Sie, man sprach von einem Mix aus öffentlich gefördertem, frei finanziertem und genossenschaftlichem Wohnen. Ja klar, zu viel sozialer Wohnungsbau ist auch nicht gut, denn etwas Gewinnerwartung darf der Investor schon haben.

Und jetzt kommt der Clou der Buga-Freunde, halten Sie sich fest: Die Seilbahn, dieses tolle Gerät, soll bis zur Niederberger Höhe verlängert werden. Jaaa, das können Sie ruhig glauben, das ist kein Aprilscherz denn es stand am 8. Februar in der Rhein-Zeitung. Ist das nicht ein toller ‚Gassenhauer‘, nun freuen Sie sich doch mal!

Armes Koblenz Der Kaiser ist nackt - die Kasse ist leer

Informationen zum Haushalt 2013

Gesamtverschuldung seit 2009

- **2009 = 320 Millionen Euro (Ergebnis)**
- **2010 = 390 Millionen Euro (Ergebnis vorläufig)**
- **2011 = 410 Millionen Euro (Ergebnis vorläufig)**
- **2012 = 515 Millionen Euro (Ansatz)**
- **2013 = 560 Millionen Euro (Ansatz)**
- **2014 = 590 Millionen Euro (Ansatz)**
- **2015 = 605 Millionen Euro (Ansatz)**
- **2016 = 615 Millionen Euro (Ansatz) = 615.000.000 geteilt durch
106.962 Einw. = 5.750 Euro pro Einw.**

Private Verschuldung

**13.800 überschuldete Personen leben in Koblenz,
das sind 12,73 Prozent der Bevölkerung**